

Der 8. März 2019 ist Frauen*Streik-Tag. Auf der ganzen Welt legen Frauen die Arbeit nieder, um zu zeigen: „Wenn wir streiken, steht die Welt still“.

Auch in diesem Jahr startet DaMigra e.V. am Internationalen Frauentag in den Migrantinnen*märz. Zentrale Themen sind: Arbeitsbedingungen von Migrantinnen*, Kampf gegen sexualisierte Gewalt an Migrantinnen* und Teilhabe von Migrantinnen.

Arbeit

Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht (§23 der Menschenrechte-Charta) und darf nicht durch eine restriktive Einwanderungspolitik eingeschränkt werden.

Frauen* leisten in allen Teilen der Welt den größten Teil an Sorgearbeit innerhalb der Gesellschaft. Gerade im Hinblick auf die Sorgearbeit, die auf Migrantinnen* ausgelagert wird, arbeiten Frauen* unter prekären Bedingungen. Sie arbeiten im Niedriglohnsektor als Pflegekräfte, als Putzfrauen*, Haushaltshilfe oder Kindermädchen* und sehr häufig sind sie somit nicht oder mangelhaft (mit Lücken) sozialversichert. Was im sozialen Sicherungssystem bedeutet, dass die Rentenansprüche sinken oder gar nicht gegeben werden – Konsequenz: Altersarmut.

Prekäre Arbeitsverhältnisse im SAHGE-Bereich (Soziale Arbeit, haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit und Pflege) bedeuten konkret für Frauen*, dass ihnen das Recht auf Arbeitnehmer*innenrechte verweigert wird: keine geregelten Arbeits- und Pausenzeiten, kein Urlaubsanspruch, keine tariflichen Sonderzahlungen (wie Weihnachtsgeld) etc.

Bei der Vermittlung auf den Arbeitsmarkt machen Migrantinnen* seit Jahrzehnten die Erfahrung, dass sie in geringqualifizierte, unsichere Arbeitsverhältnisse geraten, ja geradezu gedrängt werden – obwohl sie berufliche Qualifikationen, Bildungsabschlüsse oder gar Berufserfahrung haben.

Praktische Erfahrungen und Fähigkeiten bleiben in der Arbeitsvermittlung oft unberücksichtigt. Der Fokus liegt auf formalen Schul- und Berufsabschlüssen. Die formale Vergleichbarkeit mit deutschen Bildungsabschlüssen wird nicht selten angezweifelt und Abschlüsse niedriger eingestuft trotz langjähriger Berufserfahrung im Herkunftsland. Ihre unklare Bleibeperspektive verschlimmert ihre Situation zusätzlich.

Viele geflüchtete Frauen* haben so kaum eine realistische Chance, sich am deutschen Arbeitsmarkt teilzuhaben. Wenn Frauen* in schlecht bezahlte Arbeit und unsichere Arbeitsverhältnisse gedrängt werden, zwingt sie das in die Abhängigkeit von ihren Ehepartnern oder von sozialstaatlichen Leistungen. Frauen* sind deshalb in besonderem Maße von Altersarmut betroffen. Familiäre Situationen und private Umstände bremsen Frauen* zudem auf einem selbstbestimmten Weg im Bereich Bildung und Arbeit aus. Migrant*innen, die offen diverse Identitäten unabhängig von

der sexuellen Orientierung leben, erfahren in vielen Lebensbereichen – so auch auf dem Arbeitsmarkt – strukturelle und individuelle Diskriminierung.

Wir fordern

Prekäre Beschäftigung für Frauen* stoppen! Altersarmut verhindern!
Selbstbestimmtes Arbeitsleben und gerechte Lohnbedingungen für ALLE!
Diskriminierung stoppen!

Abbau der Hürden bei der Anerkennung von beruflichen Qualifikationen und Bildungsabschlüssen!

Strukturen, die den Fokus nicht allein auf Hochqualifizierte richten und auf formale Abschlussanerkennung abzielen!

Feststellungsverfahren, die auf tatsächlichen Fertigkeiten, Fähigkeiten und Erfahrungen der Frauen* basieren!

Diversity-Trainings und Schulungen, die interkulturell und divers sensibilisieren und allen Mitarbeiter*innen eine handlungsorientierte Methodik und Praxis vermitteln.

Gewalt

Frauen* in Abhängigkeit sind im verstärkten Maße Gewalt ausgesetzt. Das gilt insbesondere für Migrantinnen*, denen aufgrund ihrer geringeren oder verweigeren Chancen auf dem Arbeitsmarkt ein selbstbestimmtes Leben verwehrt wird. Befeuert wird die Situation dadurch, dass in den letzten Jahren rassistisch motivierte Angriffe auf Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte dramatisch gestiegen sind – sowohl verbal wie auch körperlich.

Besonders in Flüchtlingsunterkünften leiden Frauen* unter desolaten Lebensbedingungen* und sexuellen Übergriffen. Laut einer Studie der psychiatrischen Universitätsklinik der Charité leiden hier 50 Prozent der Frauen* unter Angstzuständen und „stark ausgeprägter Traurigkeit“. Fünf Prozent der befragten Frauen* berichten von starken Selbstmordgedanken.

Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung steht häufig im Zusammenhang mit Migration. Laut TAMPEP (Europäisches Netzwerk zur HIV- und STD-Prävention für Sexarbeiterinnen mit Migrationshintergrund) sind 60 Prozent der Sexarbeiterinnen* Migrantinnen*. Die Hälfte davon hat keinen legalisierten Aufenthaltsstatus und keine Aussicht darauf. Diese unsichere rechtliche Position macht Frauen* angreifbar, weil die Situation gezielt ausgenutzt werden kann. Betroffenen Frauen* bietet sich kaum eine Chance, sich gegen ausbeuterische Praktiken und Gewalt zu wehren.

Seit 2002 hat Deutschland eines der liberalsten Prostitutionsgesetze Europas. Was zum besseren Schutz der Frauen gedacht war, entpuppte sich als ein Grundstein für einen „rechtslosen Raum“ mit katastrophalen Folgen für die betroffenen Frauen*. Die ausbeuterischen Bedingungen in der Sexindustrie betreffen insbesondere Frauen*, Kinder und Jugendliche – ihre Rechte auf psychische und physische Unversehrtheit, auf Selbstbestimmung und Menschenwürde müssen unabhängig von Staatsbürgerschaft sichtbar gemacht, gefordert und umgesetzt werden. Dazu braucht es gesetzliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Zwar hat die #METOO-Debatte die sexuelle Gewalt gegen Frauen endlich auf die öffentliche Agenda gesetzt. Allerdings fehlt immer noch die Sensibilisierung für Mehrfachdiskriminierungen, denen Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte ausgesetzt sind.

So hat die Bundesregierung mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention einen wichtigen Schritt zum Schutz von Mädchen* und Frauen* vor Gewalt getan. Jedoch mit einer diskriminierenden Einschränkung: Migrantinnen*, die häusliche Gewalt erfahren, können ihre Ehemänner* in der sogenannten »Ehebestandzeit« von drei Jahren nicht verlassen, ohne ihren Aufenthaltstitel zu riskieren und damit unter Umständen ihr Bleiberecht in Deutschland zu verlieren.

Die Bundesregierung plant die Entfristung der Wohnsitzregelung im Integrationsgesetz. Dadurch werden die Chancen auf eine schnelle Unterbringung in geschützten Räumen, etwa in Frauenhäusern, drastisch gesenkt. Frauen* machen sich strafbar, wenn sie einen freien Platz bundesland- oder kommunalübergreifend aussuchen. Menschenrechtsschutz bedeutet in diesem Zusammenhang demnach, die Residenzpflicht und die Wohnsitzregelung für geflüchtete Frauen* aufzuheben.

Wir fordern

Stärkung der Rechte von geflüchteten Frauen* bei Zwangsverheiratung, der ehегattenabhängigen Aufenthaltsgenehmigung und die Abschaffung der Residenzpflicht!

Eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention, so dass Gewaltschutz für alle Frauen* immer und überall gilt!

Eine dezentrale und sicherere Unterbringung von geflüchteten Frauen* und Kindern!

Einen diskriminierungsfreien Zugang zu Frauenhäusern für ALLE Frauen*!

Die Aufhebung der geplanten Wohnsitzregelung im Integrationsgesetz!

Die de facto Anerkennung des geschlechtsspezifischen Asyls für von Genitalverstümmelung Vergewaltigung und Zwangsehen betroffenen Frauen*

Eine öffentliche Debatte über sexuelle Gewalt gegen Migrantinnen*!

Teilhabe

Das Recht auf gleichberechtigte politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe ist ein Menschenrecht. Nur durch die Mitbestimmung aller ist demokratische Teilhabe möglich!

Rollenbilder, Gewalterfahrung und strukturelle Diskriminierung erzeugen direkt oder indirekt Benachteiligungen. Umso wichtiger ist in dieser Hinsicht die politische Teilhabe von Migrantinnen*.

Migrant*innen ohne deutsche oder andere europäische Staatsangehörigkeit können weder gewählt werden noch ihre Stimme abgeben.

Damit werden Menschen entmündigt und an politischer Teilhabe gehindert, was ein klares Demokratiedefizit bedeutet.

Politische Partizipation von Migrantinnen* auf allen Ebenen zu gewährleisten, ist ein starkes Zeichen für die Anerkennung von Zugewanderten als Bürgerinnen* dieses Landes, in dem sie am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben.

Insbesondere vor dem Hintergrund eines erstarkenden Rechtspopulismus, Nationalismus und der rassistischen Vereinnahmung beziehungsweise Instrumentalisierung von Migrationsdebatten sind die Solidarität und Anerkennung einer toleranten, demokratischen Gesellschaft ein Muss!

Wir fordern

Die Ausweitung des uneingeschränkten Wahlrechts für Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, insbesondere das uneingeschränkte Wahlrecht für Drittstaatsangehörige* auf kommunaler Ebene!

Eine interkulturelle und geschlechtergerechte Öffnung von allen Institutionen und Ämtern sowie der Parteien!

Die Professionalisierung sowie nachhaltige institutionelle Förderung anstatt befristeter kurzfristig angelegter und unzureichender Projektfinanzierung!

Die Sichtbarkeit und Anerkennung der Mehrfachdiskriminierung von Frauen* mit Flucht- und Migrationsgeschichte in ihrer gesamtgesellschaftlichen Tragweite!



Ein verstärktes Engagement im Bereich der diversitätsgerechten Öffnung der Parteien, Verbände und Institutionen, um Frauen* mit Flucht- und Migrationserfahrung für sich selbst sprechen zu lassen!

PRESSEKONTAKT

Nicole Thies / Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

DaMigra e.V. / Am Sudhaus 2 / 12053 Berlin

FON 030 255 685 12 / 01525 278 21 53 / EMAIL thies@damigra.de